2. Allein auch eine Berletzung ber Gleichheit vor dem Gesetze liegt nicht vor. Denn : ber Grundsat ber Gleichheit vor bem Gesetze verlangt feineswegs, daß alle Bürger rechtlich absolut gleich behandelt werden, fondern es find durch denfelben nur folche Berichiedenheiten in ber rechtlichen Behandlung einzelner Burger oder Rlaffen von Burgern ausgeschloffen, welche der objettiven Begründung entbehren und fich als willfürliche Bevorzugung ober Benachtheiligung einzelner Bürger oder Bürgerklaffen barstellen. Nun fann aber offenbar feineswegs gefaat werden, bak bie Belegung ber bas Wirthsgewerbe betreibenden Burger mit einer besondern Batent- ober Gewerbesteuer neben ber allgemeinen Gintommenssteuer eine ber objettiven Begründung entbehrende, willfürliche Magregel fei; vielmehr erscheint die Aufftellung und Erhebung einer berartigen besonderen Steuer für einen bestimmten, dem Patentzwange aus polizeilichen Gründen unterworfenen Gewerbebetrieb, fofern nicht etwa burch beren Bobe der Grundsat der Gewerbefreiheit beeinträchtigt wird. als verfaffungsmäßig volltommen zuläßig, wie benn auch befanntlich folche Steuern in einer Mehrzahl von Kantonen that. fächlich bestehen.

Demnach hat das Bundesgericht erkannt:

Der Refurs wird als unbegründet abgewiesen.

II. Doppelbesteuerung. — Double imposition.

4. Urtheil vom 18. März 1882 in Sachen Bebie.

A. Im Dezember 1877 verstarb in Oberengstringen, Kantons Bürich, der dort heimatberechtigte Kaspar Bebie, unter Hinter-Iassung seiner Shefrau, Katharina geb. Rauber, und seines Sohnes Otto. Das gesammte unter Anderm aus Liegenschaften in Oberengstringen und in Liebensels, Kantons Thurgau, bestehende Bermögen desselben siel nach zürcherischem Erbrecht dem Sigenthum nach an den Sohn Otto, während dagegen der

Wittwe K. Bebie geb. Rauber, die außerdem ein eigenes Vermögen von 69,250 Fr. besaß, der Nießbrauch an einem Viertheil der Verlassenschaft zufiel.

B. Laut einer Bescheinigung der Notariatskanzlei Höngg vom 16. Juli 1879 verkaufte nun Otto Bebie, der in Liebenfels, Kantons Thurgau, domizilirt ist, seiner in Oberengstringen domizilirten Mutter die in Oberengstringen gelegenen Liegenschaften um den Kauspreis von 179,700 Fr. und es verzichtete auch die Wittwe Bebie nach einer von ihr am 15. Februar 1879 ausgestellten Erklärung zu Gunsten ihres Sohnes auf die ihr zustehende Nugniehung an einem Viertheile der Verlassenschaft ihres verstorbenen Ehemannes.

C. Bon der Steuerbehörde des Kantons Zürich (Refurstommission für die Bezirke Zürich und Affoltern) wurde durch Entscheidung vom 20. Dezember 1881 die Steuertagation der Wittwe Bedie geb. Kauber für die Jahre 1880 und 1881 gemäß einem Entscheide der gerichtlichen Expertenkommission für 1879 in der Weise festgesetzt, daß ihr Vermögen auf 250,000 Fr. und ihr Einkommen auf 3000 Fr. tagirt wurde.

D. Gegen diesen Beschluft ergriffen die Wittwe Bebie geb. Rauber sowie Otto Bebie ben Refurs an das Bundesgericht. In ihrer Refursichrift führen fie aus : Rach ber Steuergeset. gebung des Kantons Burich fei die Wittwe Bebie berechtigt, die auf ben Liegenschaften in Oberengstringen zu Gunften ihres Sohnes haftende Raufschuld von 179,700 Fr. bei der Steuertagation in Abrechnung zu bringen; es werde auch bieses Rapitel seit 1879 von Otto Bebie an seinem Wohnorte im Kanton Thurgau versteuert. Im Weitern habe die Wittwe Bebie auf ihr gesetliches Niegbrauchsrecht an einem Biertheile der Berlassenschaft ihres Chemannes rechtsaultig verzichtet und es werde auch der baberige Rapitalbetrag vom Sohne Otto Bebie an seinem Wohnorte versteuert; ber Kanton Burich sei daher nicht berechtigt, die Wittme Bebie für mehr als für ben Betrag ihres eigenen Rapitalvermögens von 69,250 Fr. zu besteuern, vielmehr involvire ein weitergehender Steueranspruch besselben eine verfassungswidrige Doppelbesteuerung und, insoweit berselbe fich auf bas Niegbrauchskapital beziehen

21

sollte, auch die Besteuerung eines Bermögensobjektes, das gar nicht im Territorium des Kantons Bürich gelegen sei und daher dessen Steuerhoheit gar nicht unterstehe. Es werde daher beantragt : es sei das steuerbare Bermögen der Rekurrentin Wittwe Bedie geb. Nauber in Oberengstringen, Bezirk Zürich, auf den Betrag von 69,250 Fr. zu reduziren unter Kostenfolge.

E. In seiner Vernehmlassung auf diese Beschwerbe bemerkt der Regierungsrath des Kantons Burich im Wesentlichen: Der angesochtene Steueransatz beruhe auf folgender Berechnung:

179,700 Fr. angegebener Werth ber Liegenschaften in Oberengstringen,

69,200 " eigenes Vermögen ber Wittwe Bebie,

1,100 " versteuerbare Fahrhabe (Gold und Silber) Ausgleichkfumme.

250,000 Fr.

Diese Berechnung rechtfertige fich baburch, daß nach den gegebenen Verhältniffen bestimmt angenommen werden muffe, daß entweder der Liegenschaftstauf über die Liegenschaften in Oberengftringen ober ber Bergicht auf bas Rubniefungsrecht seitens der Wittwe Bebie, oder, noch mahrscheinlicher, beide Ge. schäfte blos auf formellen Manipulationen zwischen den beiden Kontrahenten beruhen und lediglich dazu bestimmt seien, dieses Bermögen der Besteuerung im Kanton Burich zu entziehen und der geringern Steuer im Kanton Thurgau zu unterstellen. Denn es sei gar nicht möglich, daß die Wittwe Bebie mit dem verbaltnigmäßig unbedeutenden Betriebskapitale von 69,200 Fr. Die Liegenschaften in Oberengstringen bewerbe, die übrigen Ausgaben bestreite und bem Sohne ben angeblichen Rauspreis verzinse. Finde aber eine Berginsung bes Kaufpreises nicht statt. sei vielmehr die Liegenschaft, wie offenbar angenommen werden muffe, vom Sohne ber Mutter zur Benutzung als Aequivalent für ihre Nugnießung an dem, auf 240,000 Fr. zu werthenden, Biertheile ber väterlichen Berlaffenschaft ohne Gegenleiftung überlaffen, so falle die Raufsumme als Baffivum weg und fei ber Werth ber Liegenschaften, gehören biese wem fie wollen, im

Kanton Zürich zu versteuern. Demnach werde auf Abweisung des Refurses angetragen.

F. Replikando suchen die Kekurrenten in aussührlicher Erörterung zu zeigen, daß der Kauf um die Liegenschaften in Oberengstringen sowie der Berzicht der Wittwe Bebie auf ihr Rutznießungsrecht keineswegs blos simulirte Akte seien; allerdings sei die Wittwe Bebie disher nicht in der Lage gewesen, ihrem Sohne die Raussumme der Liegenschaften zu verzinsen, aber es sei dies lediglich eine Folge der letzen Misjahre, während die Verzinsung unter normalen Verhältnissen leicht möglich sei. Auch dürfe eine Simulation nach bekanntem Rechtsgrundsatze nicht vermuthet werden und gehe es offenbar nicht an, daß der zürcherische Fiskus in seinem Interesse rechtsgültig abgeschlossene, sormell zu Recht bestehende Geschäfte ohne weiters als simulirt erkläre. Dagegen hält die Regierung des Kantons Zürich in ihrer Duplik im Wesentlichen an den Aussührungen der Vernehm-lassung sest.

Das Bundesgericht zieht in Ermägung :

- 1. Das Bundesgericht hat bei Prüfung der Beschwerde blos zu untersuchen, ob die angesochtene Steueranlage ein versassungsmäßiges Recht der Refurrenten verletze, beziehungsweise ob dieselbe eine versassungsmäßig unzulässige Doppelbesteuerung involvire; dagegen entzieht sich die Frage, ob durch die angesochtene Entscheidung das steuerbare Vermögen der Refurrentin Wittwe Bebie, soweit dasselbe nach bundesrechtlichen Grundsägen der Steuerhoheit des Kantons Zürich unterstehen würde, richtig ausgemittelt oder ob dasselbe zu Unrecht zu hoch tagirt worden sei, der Rognition des Bundesgerichtes (vergleiche Entscheidung in Sachen Scheidegger, Amtliche Sammlung VI S. 484).
- 2. Nun beruht die angesochtene Steueranlage offenbar auf der Annahme, daß der Wittwe Bebie, troß des von ihr aus= gesprochenen Verzichtes auf ihr gesetzliches Nutznießungsrecht und des von ihr mit ihrem Sohne abgeschlossenen Kausvertrages um die Liegenschaften in Oberengstringen, in Wahrheit die Benutzung fraglicher Liegenschaften von ihrem Sohne unentgeltlich überlassen werde, so daß mithin ihr Nutznießungsrecht, wenigstens bezüglich des Werthes dieser Liegenschaften, in Wirklichkeit noch

bestehe und der Verzicht auf die Nutznießung, wenigstens insoweit, lediglich als ein singirtes, zum Zwecke der Steuerhinterziehung abgeschlossenes Geschäft erscheine.

3. Hienach aber kann in concreto von einer verfassungswidrigen Doppelbesteuerung nicht gesprochen werden. Denn : E8 fann bem Kanton Zurich bas Recht jedenfalls nicht bestritten werben, die Wittwe Bebie für einen ihr auftebenden Niegbrauch an ben fraglichen, auf seinem Territorium gelegenen, Liegenschaften zu besteuern, vielmehr ist er hiezu bundesrechtlich unzweiselhaft befugt, da sowohl die Nießbrauchsberechtigte in seinem Gebiete domizilirt, als auch bas unbewegliche Nugniefungsobjekt auf demselben gelegen ist (siehe Entscheidungen, Amtliche Sammlung III S. 612 u. ff.). Demnach involvirt aber der angesochtene Steueranspruch bes Kantons Zurich prinzipiell feine unzulässige Doppelbesteuerung, sondern erscheint als ein bundesrechtlich durchaus julässiger. Db dagegen die Steuerbehörde bes Kantons Burich mit Recht angenommen habe, bag ber Refurrentin Wittwe Bebie ein solches Nießbrauchsrecht noch gegenwartig zustehe beziehungsweise bag ber Verzicht derfelben auf ihre Nugniegung, soweit er sich wenigstens auf fragliche Liegenschaften beziehe, ein blos fingirter sei, ift das Bundesgericht zu prüfen nicht befugt; benn es handelt fich hiebet nicht um die prinzipielle Frage der Doppelbesteuerung, sondern lediglich um die Ausmittelung des Vermögens eines Steuerpflichtigen respettive um die Frage des Vorhandenseins eines bestimmten Bermögensobjektes und hieruber haben, nach bem in Erwägung 1 Bemerkten, ausschließlich die zustandigen kantonalen Behörden zu entscheiden.

Demnach hat das Bundesgericht erkannt:

Der Refurs ift als unbegründet abgewiesen.

III. Gerichtsstand. — Du for.

Verfassungsmässiger Gerichtsstand. Unzulässigkeit von Ausnahmegerichten. — For naturel. Inadmissibilité de tribunaux exceptionnels.

5. Urtheil vom 3. Februar 1882 in Sachen Runfermann.

A. Im Juli 1880 brangen bie auf ber, ber Bemeinde Scheib gehörigen, Alb Ragutha unter ber Obhut des Gemeindehirten gefommerten Rube in eine anstofende, bem Refurrenten geborige Wiese ein und verursachten bort burch Abweiden einen Schaben, welcher burch zwei auf Anstehen bes Beschädigten vom Präsidenten des Kreisgerichtes Domlescha ernannte Sachverftanbige auf 35 Fr. (nebst 10 Fr. Schatzungstoften) taxirt wurde. Returrent machte nun eine baherige Erfatforderung gegen die Gemeinde Scheid und beren Unterabtheilung, die Alpgenoffenschaft Ragutha, bor bem Friedensrichteramt Domleschg geltend, von welchem dieselbe, ba die ftattgefundenen Bermittlungsversuche erfolglos blieben, an das zuständige Civilgericht verwiesen wurde. Als hierauf Refurrent seine Alage am 27. April 1881 beim Ausschusse des Kreisgerichtes Domlescha erhoben hatte, stellten bie Beklagten berfelben, durch Refurs an ben Rleinen Rath bes Kantons Graubunden, die Ginrede ber Inkompetenz bes Gerichtes, weil die erhobene Rlage nicht civilrechtlicher Natur fei, entgegen.

B. Am 24. September 1881 entschied ber Aleine Nath des Kantons Graubünden, "in Erwägung, daß nach bündnerischem "Rechte die Behandlung von Fällen betreffend Schädigung von "Weiden durch Bieh in die Handhabung der Flurpolizei fällt, "daß nach gleichem Nechte die Flurpolizei ein integrirender "Bestandtheil der Gemeindepolizei ist, daß daher einschlägige "Klagen nicht durch die Civilgerichte, sondern durch die zustän- "digen Gemeindsbehörden nach den Vorschriften derjenigen Ge-